



---

---

## **Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr**

### **12. Sitzung (öffentlich)**

7. April 2011

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:00 Uhr bis 18:35 Uhr

Vorsitz: Dieter Hilser (SPD) (Vorsitzender)  
Olaf Lehne (CDU) (Stellv. Vorsitzender)

Protokoll: Thilo Rörtgen

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

#### **Vor Eintritt in die Tagesordnung 5**

Mit den Stimmen von SPD, Grünen und Linken sowie gegen die Stimmen von CDU und FDP lehnt der Ausschuss die Aufnahme des Punktes „Straßenbau in NRW“ in die Tagesordnung ab.

#### **1 Aktuelle Viertelstunde 6**

Thema: **Folgen und Handlungsmöglichkeiten des Unglücks im Centro Oberhausen im Rahmen der RTL-Veranstaltung mit DSDS-Kandidaten**

- Bericht durch Minister Harry Kurt Voigtsberger (MWEBWV) 6
- Aussprache 7

- 2 Gesetz zur Änderung des Nachbarrechtsgesetzes (NachG NRW) – Wärmedämmung und Grenzständige Gebäude 9**
- Gesetz  
der Fraktion der SPD  
und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 15/853
- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen
- Der Ausschuss beschließt, den Gesetzentwurf ohne Votum an den federführenden Ausschuss abzugeben.
- 3 Ausweitung der Umweltzonen auf Grundlage veralteter Daten stoppen 10**
- Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 15/1322
- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen
- Mit den Stimmen von SPD, Grünen und Linken sowie gegen die Stimmen von CDU und FDP empfiehlt der Ausschuss dem – federführenden – Umweltausschuss, den Antrag abzulehnen.
- 4 Wohnraumförderungsprogramm 2011 (WoFP 2011) 11**
- Vorlagen 15/389 und 15/411
- Der Ausschuss nimmt das Wohnraumförderungsprogramm 2011 zur Kenntnis.
- 5 Flächenpolitik in NRW 16**
- Vorlage 15/482
- Bericht durch Minister Harry Kurt Voigtsberger (MWEBWV) 16
- Aussprache 17

<b>6</b>	<b>Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2011 (Haushaltsgesetz 2011)</b>	<b>18</b>
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksachen 15/1000 und 15/1300  Vorlagen 15/371, 15/395, 15/417 und 15/440  hier: <b>Einzelplan 14</b>  – Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen  Mit den Stimmen von SPD und Grünen sowie gegen die Stimmen von CDU und FDP und bei Nichtbeteiligung von Die Linke stimmt der Ausschuss dem Einzelplan 14 zu.	
<b>7</b>	<b>Radverkehr in NRW</b>	<b>21</b>
	– Bericht des Ministeriums	
	– Bericht durch PStS für Verkehr Horst Becker (MWEBWV)	21
	– Bericht durch OAR Peter London (MWEBWV)	21
	– Aussprache	22
<b>8</b>	<b>Abschlussbericht Wintermobilität</b>	<b>24</b>
	Vorlage 15/309	
	– Bericht durch Minister Harry Kurt Voigtsberger (MWEBWV)	24
	– Aussprache	27
<b>9</b>	<b>Sozialticket</b>	<b>29</b>
	Vorlage 15/226	
	– Bericht durch PStS für Verkehr Horst Becker (MWEBWV)	29
	– Aussprache	30

**10 Verkehrssicherheit 36**

Zuschrift 15/118

- Bericht durch Minister Harry Kurt Voigtsberger (MWEBWV) 36
- Aussprache 38

**11 Verschiedenes 40**

\* \* \*

**6 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2011 (Haushaltsgesetz 2011)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksachen 15/1000 und 15/1300

Vorlagen 15/371, 15/395, 15/417 und 15/440

hier: **Einzelplan 14**

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

**Bernhard Schemmer (CDU)** hält auch weiterhin den vorliegenden Haushaltsplan für nicht beratungsfähig. Es sei ein unanständiger Umgang mit Parlamentariern, lediglich medial die Senkung der Nettoneuverschuldung auf 4,85 Milliarden € zu verkünden. Dementsprechend müssten dann auch die Haushaltspläne vorliegen, was jedoch nicht der Fall sei.

**Bärbel Beuermann (LINKE)** kündigt an, dass ihre Fraktion die Änderungsanträge in diesem Ausschuss lediglich zur Kenntnis gebe. Beraten würden diese im Haushalts- und Finanzausschuss.

**Christof Rasche (FDP)** teilt mit, seine Fraktion werde ihre Haushaltsänderungsanträge zur dritten Lesung vorlegen, da sich die Rahmenbedingungen kurzfristig elementar verändert hätten.

Einem Änderungsantrag von SPD und Grünen zufolge sollten die JAR-OPS-Mittel von 700.000 € auf 0 € reduziert werden. Diesbezüglich verweise er auf laufende Verfahren in Aachen und Arnsberg. Der Abgeordnete möchte wissen, ob diese beiden Flughäfen noch mit Mitteln bedient würden.

**Arndt Klocke (GRÜNE)** hält den Wortbeitrag des Abgeordneten Schemmer angesichts der Einsparbemühungen der Landesregierung für unverständlich. Die Fraktionsvorsitzenden Priggen und Römer hätten in dieser Woche den Haushaltsplan vorgestellt. Dies umfasse auch die entsprechende Planung der Nettoneuverschuldung. Insofern könne der Haushaltsplan durchaus beraten werden. Von daher sollte der Landesregierung bzw. den Koalitionsfraktionen kein schlechter Umgang mit dem Parlament vorgeworfen werden.

**Özlem Alev Demirel (LINKE)** lässt wissen, dass der Betrag im Änderungsantrag 3 ihrer Fraktion von 30 Millionen € auf 25 Millionen € reduziert werde, nachdem die Landesregierung im Rahmen der Beratung des Tagesordnungspunktes 4 die Zinszahlungen auf 25 Millionen € beziffert habe.

Nach Auffassung ihrer Fraktion könne auf Landesebene nicht über eine Schuldenbremse bzw. Haushaltskonsolidierung adäquat beraten werden, solange nicht auf

Bundesebene für Steuergerechtigkeit gesorgt werde. Hierzu müsse zunächst die Einnahmeseite gestärkt werden. Solange dies nicht geschehe, habe ihre Fraktion kein Problem mit neuen Schulden. Sie bittet darum, auch an die Folgekosten zu denken. Das Land werde gesellschaftliche Folgekosten zu tragen haben, wenn es keine anständige Mietentwicklung und Wohnungen gebe. Insofern sollte man zu einer vernünftigen Haushaltspolitik zurückkehren. In diesem Zusammenhang erinnere sie an das Steuerkonzept des damaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl, das ihre Fraktion sehr begrüße. Mit einem solchen Konzept bestünde die Möglichkeit, soziale Haushalte aufzustellen.

Die Abgeordnete kündigt an, dass sich ihre Fraktion an der Abstimmung nicht beteiligen werde.

**Christof Rasche (FDP)** merkt an, dass im Rahmen der vergangenen Plenarsitzung Minister Schneider ausgeführt habe, dass bezüglich des Landesstraßen- und Bundesfernstraßenbau derzeit Prioritätenlisten erstellt und diese den Abgeordneten zugeleitet würden. Dies sei bislang nicht geschehen. Offensichtlich betrieben die Grünen eine Blockade-Politik.

**Bernhard Schemmer (CDU)** sagt, die Mittel für den Straßenerhalt seien von 73 Millionen € auf 78 Millionen € erhöht worden. Im Jahr zuvor seien jedoch dafür 80 Millionen € ausgegeben worden. Daneben seien die Neubaumittel von 67 Millionen € auf 55 Millionen € reduziert worden. Aufgrund einer Regelung im Regionalrat Münsterland gebe es für alle Landesstraßen 5 Millionen € bezogen auf zwei Projekte. Wenn dies mit dem gleichen Tempo weitergehe, dann brauche man fast sechs Jahre, bis eine einzige zusätzliche Straße in Anspruch genommen werden könne. Er spreche von den Ortsumgehungen Nordwalde und Wolbeck. Etwa 26 Millionen € seien hier noch nicht finanziert. Dies zeige, dass der Koalition Vögel und Insekten wichtiger seien als Menschen.

**Arndt Klocke (GRÜNE)** weist darauf hin, dass die Mittel für Neubau nicht zum Beispiel von 250 Millionen € auf 55 Millionen €, sondern lediglich von 67 Millionen € auf 55 Millionen € reduziert würden. Hierbei nicht berücksichtigt seien die globalen Minderausgaben. Auch diese müssten mitbedacht werden. Insofern gebe es zwar eine Veränderung der Priorität, nämlich dass mehr in Erhalt als in Neubau investiert werde, allerdings gebe es durchaus auch Neubaumaßnahmen. Auch ADAC, IHK und alternative Verkehrsverbände hätten im Rahmen der Anhörung dargelegt, wie wichtig und arbeitsplatzfördernd der Erhalt sei.

**Rainer Schmeltzer (SPD)** weist auf eine Äußerung des Bundesverkehrsministers Ramsauer hin, dass er insbesondere bei den Ortsumgehungen Einsparungen vornehmen wolle. Er beneide den Abgeordneten Schemmer um den Realisierungszeitraum von sechs Jahren. Dies wäre in vielen anderen Bereichen des Landes ein Traumzustand. Wenn die CDU mehr Geld für den Neubau von Straßen haben wolle, dann müsse auch mitgeteilt werden, wie dies finanziert werden solle.

Mit den Stimmen von SPD und Grünen sowie gegen die Stimmen von CDU und FDP und bei Nichtbeteiligung von Die Linke stimmt der **Ausschuss** dem Einzelplan 14 zu.

